



HESSISCHER LANDTAG

19. 01. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Der Landtag wolle beschließen:

Es wird ein Untersuchungsausschuss nach Art. 92 HV und § 54 GOHLT eingesetzt.

Dem Ausschuss gehören 13 Mitglieder an (5 CDU, 3 SPD, 2 FDP, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE).

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag zu klären, inwieweit beim ehemaligen Finanzamt Frankfurt V mit den Bankenverfahren betraute Steuerfahnder und -fahnderinnen sowie Steuerfahndungshelfer und -helferinnen durch das Verhalten der Verantwortlichen in der Steuerverwaltung veranlasst wurden, diese freiwillig oder unfreiwillig zu verlassen, um Repressalien durch den Dienstherrn zu entgehen. In Bezug auf vier mittlerweile in den Ruhestand versetzte Steuerfahnder ist zu klären, ob die einzelnen Verfahren zur Ruhestandsversetzung ordnungsgemäß und fehlerfrei durchgeführt worden sind oder ob diese gezielt aus dem Dienst entfernt werden sollten, weil sie im Jahre 2001 Kritik an der Bearbeitung von Steuerfluchtfällen in Hessen geäußert hatten und die Zwangspensionierungen somit gezielt als Disziplinierungsmittel gegenüber den ehemaligen Steuerfahndern, aber auch zur Abschreckung evtl. zu erwartender weiterer Proteste aus der Steuerverwaltung eingesetzt wurden. Die in diesem Zusammenhang festgestellten Verfahrensmängel und möglicherweise entstandenen Schäden für das Land sind ebenso aufzuzeigen wie die in diesem Zusammenhang festgestellten Mängel in der Personalführung in der Steuerverwaltung.

Es ist dabei insbesondere aufzuklären:

1. Welche personellen Maßnahmen infolge des Konflikts um die Amtsverfügung 2001/18 gegenüber einzelnen Bediensteten der Steuerfahndung beim Finanzamt Frankfurt am Main V von wem veranlasst, gebilligt und vollzogen wurden und in welcher Weise jeweils das Ministerium der Finanzen sowie dessen nachgeordneten Behörden, andere Ressorts oder die Staatskanzlei und deren nachgeordneten Behörden an den Verfahren beteiligt waren bzw. hiervon Kenntnis hatten.
2. Aus welchen Gründen und auf welche Veranlassung hin die betroffenen Bediensteten der Steuerfahndung einer psychiatrischen Begutachtung unterzogen wurden, wer in welcher Weise an diesem Verfahren beteiligt war, ggf. Einfluss insbesondere auch auf die Auswahl des Gutachters genommen hat oder vor, während oder nach der Begutachtung dienstlich Kontakt mit dem Gutachter hatte.
3. In welcher Weise die fachärztlichen Gutachten in der Personalverwaltung der Oberfinanzdirektion und des Ministeriums der Finanzen oder von anderen Stellen hinsichtlich ihrer logischen Schlüssigkeit, Nachvollziehbarkeit und Geschlossenheit geprüft und gewürdigt wurden, welche Schlussfolgerungen aus der Prüfung gezogen und in welcher Weise die jeweils bestehenden Prüfungspflichten erfüllt wurden.






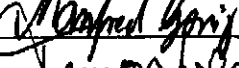
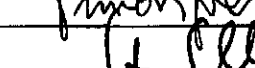
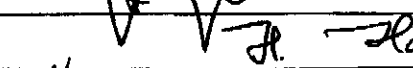
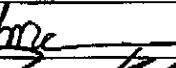
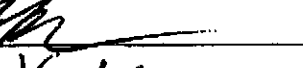



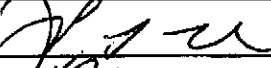
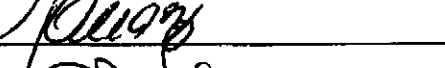






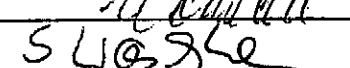






4. Aus welchen Gründen es unterlassen wurde, nach Bekanntwerden der Untersuchungsergebnisse einer psychiatrischen Begutachtung eines Betroffenen durch eine Universitätsklinik in Zusammenhang mit einer beantragten Zulassung als Steuerberater den Vorgang der Ruhestandsversetzung zu überprüfen und ggf. eine erneute Berufung in das Beamtenverhältnis auszusprechen (Reaktivierung).
5. Ob Mitglieder der Landesregierung die Gremien des Landtags jederzeit zutreffend umfassend und wahrheitsgemäß über die Vorgänge im Zusammenhang mit der zwangsweise durchgeführten Pensionierung der Steuerfahnder unterrichtet haben.
6. Wie die Schreiben der betroffenen Steuerfahnder an Ministerpräsident Koch und Finanzminister Weimar behandelt wurden, insbesondere, wer diese gesehen, bearbeitet und welche Entscheidungen in diesem Zusammenhang getroffen hat.
7. Wie Ministerpräsident Koch und Finanzminister Weimar ihrer dienstlichen Fürsorgepflicht gegenüber den Steuerfahndern nachgekommen sind, deren Anliegen und Dienstumstände ihnen sowohl durch an den Ministerpräsidenten und den Finanzminister gerichtete Briefe vorgebracht wurden als auch durch die öffentliche Berichterstattung bekannt geworden sind.

Wiesbaden, 19. Januar 2010

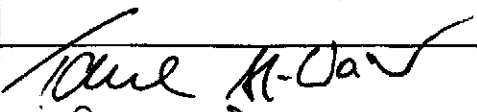
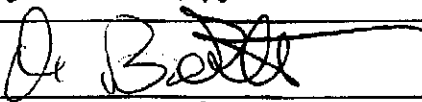
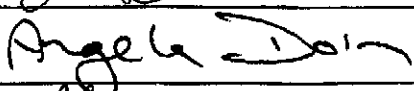
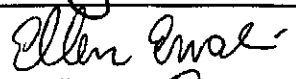
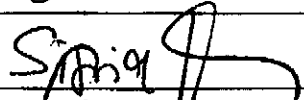
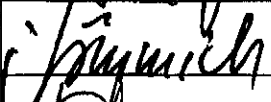
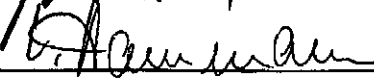
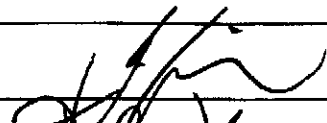
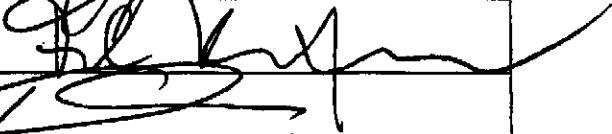
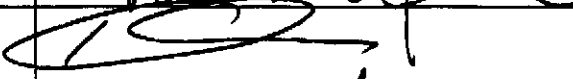
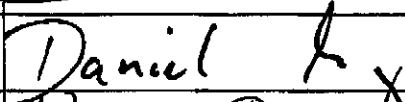

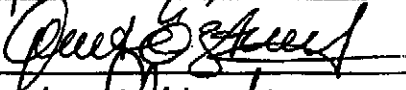

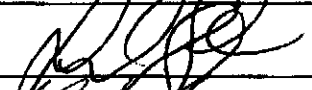
Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Al-Wazir

Unterschriftenliste SPD-Landtagsfraktion (18.WP)

DECKER, Wolfgang	
FAESER, Nancy	
FRANKENBERGER, Uwe	
FRANZ, Dieter	
FUHRMANN, Petra	
GNADL, Lisa	
GÖRIG, Manfred	
GREMMELS, Timon	
GRUMBACH, Gernot	
HABERMANN, Heike	
HOFMANN, Heike	
HOFMEYER, Brigitte	
KAHL, Reinhard	
LOTZ, Heinz	
MERZ, Gerhard	
MÜLLER, Regine	
Dr. PAULY-BENDER, Judith	
QUANZ, Lothar	
Dr. REUTER, Michael	
ROTH, Ernst-Ewald	
RUDOLPH, Günter	
SCHÄFER-GÜMBEL, Thorsten	
SCHMITT, Norbert	
SIEBEL, Michael	
Dr. SPIES, Thomas	
WARNECKE, Torsten	
WASCHKE, Sabine	
WEIß, Marius	
YPSILANTI, Andrea	

**Einsetzung Untersuchungsausschuss
Unterschriftenliste BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

	Name	Unterschrift
1.	Al-Wazir, Tarek	
2.	Bocklet, Marcus	
3.	Dorn, Angela	
4.	Enslin, Ellen	
5.	Erfurth, Sigrid	
6.	Frömmrich, Jürgen	
7.	Hammann, Ursula	
8.	Margaretha Hölldobler-Heumüller	
9.	Dr. Jürgens, Andreas	
10.	Kaufmann, Frank	
11.	Klose, Kai	
12.	May, Daniel	
13.	Müller, Karin	
14.	Öztürk, Mürvet	
15.	Schulz-Asche, Kordula	
16.	Sorge, Sarah	
17.	Wagner, Mathias	